

Encroachment in Europa

Anmerkungen zu

[»Proletarier aller Länder, bekämpft euch!«](#)

Anmerkungen zur Flüchtlingskrise

[Zuerst erschienen unter dem Titel »Subtile Härte« in »konkret« 10 und 11/2016.]

Die „Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft“ haben im September 2016 einen Text zum Sommer der Migrationen vorgelegt, der trotz der gemeinsamen Sympathie für eine solche so nicht stehen bleiben soll. Der Text umschreibt, wie schon der Titel signalisiert, eine Situation hausgemachter Ratlosigkeit, beruhend auf einem fundamentalen Unverständnis der aktuellen, von extremen sozialen Gegensätzen geprägten globalen Krise und ihrer Akteur*innen. Im Hintergrund dieses Texts steht ein längerer, in *Kosmoprolet 4* veröffentlichter Aufsatz. Ich ziehe es vor, etwas zu den pointierteren *Anmerkungen zur Flüchtlingskrise* zu schreiben, weil die Wendung theoretischer Marotten gegen die lebendigen Migrationsbewegungen in diesem Text nicht ohne Belang ist.

1.

Die Autor*innen gehen von einem „erdrückenden globalen Überschuss an Arbeitskraft“ aus und geben sich damit schon im ersten Absatz als Spätmarxist*innen zu erkennen:

Vielmehr zeugt das Geschehen von den Herkunftsländern bis nach Europa von einem erdrückenden globalen Überschuss an Arbeitskraft, den wir Surplus-Proletariat nennen. Durch ihn wird die Klasse der Lohnabhängigen in immer stärkere Konkurrenz gesetzt; er wirkt als Treibsatz von Abstiegsangst, Chauvinismus, Spaltung. Die handliche Losung Das Problem heißt Rassismus geht daran vorbei.

Die Rede über ein globales „Surplus-Proletariat“ verweist auf den postrevolutionären, quasi neomalthusianischen Marxismus, den Ahlrich Meyer treffend als „eine Theorie der Niederlage“ bezeichnet hat (2009, 311). Das Schicksal der „relativen Überbevölkerung“ hat Marx im Kapital zusammenfassend so dargestellt: die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wachse mit den Potenzen des Reichtums. Dies sei „das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ und begründe den „antagonistischen Charakter der kapitalistischen Akkumulation“. Weise in den Wind gesprochen – und beachtlich, denn nach dieser Auffassung würde die relative Überbevölkerung den Tod des Kapitals begründen. Hundert Jahre später, im Nazismus und im Keynesianismus, ging es nicht mehr nur um die Subsumtion der Arbeit unter den Verwertungsprozess, sondern um die Subsumtion der Bevölkerung unter ein produktives gesellschaftliches System. Aber auch das ist im Zeitalter des globalen Kapitals überholt.

Es ist wohl schon hundert Mal dargelegt worden, dass die Argumentation des 23. Kapitels, Kapital Band 1 sich auf den 4. Abschnitt dieses Werks bezieht und dass dort die Produktion des relativen Mehrwerts in nationalen Kontexten und bezogen auf eine erste Etappe des Gebrauchs der kapitalistischen Maschinerie beschrieben wird. Schon wenig später war aber alles ganz anders. Die

„15, 30, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe“, die Marx nach der Niederlage von 1848 prognostiziert hatte, brachten nicht die „politische Herrschaft“ der Kommunisten hervor, sondern den Hochimperialismus, Ludendorff, Rathenau - und Lenin.

Ich trage sicherlich Eulen nach Athen, wenn ich daran erinnere, dass es Vera Sassulitsch war, die in ihrem Brief an Marx die Frage nach dem Umgang mit den überschüssigen Bauern der Obschtschina als „Frage von Leben und Tod“ gestellt und auf eine grundsätzlich andere Antwort gedrängt hat – Leben oder Tod für die nicht in Wert gesetzten Bevölkerungen damals Russlands, heute der Welt, und Leben oder Tod ihrer eigenen sozialrevolutionären Gruppierung (Rubel 1972,54). Rosa Luxemburg hat dann auf die globale Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Reproduktion als primäre Ebene der Analyse verwiesen und spätestens seitdem hat die Kategorie einer „industriellen Reservearmee“ im Marxismus keinen systematischen Ort mehr. Und wenn Luxemburg damals noch in den Kategorien des Kapital Band 2 befangen war, so geht es heute natürlich nicht mehr um Reproduktionsschemata, sondern um einen Antagonismus im Weltmaßstab, der ganz anders zu beschreiben ist und in dem Begriffe wie „Surplus-Proletariat“ nur schlechten Geruch verbreiten.

Am Marxismus gibt es nicht mehr viel zu retten. Sicherlich können wir uns auf die Frühschriften beziehen - auf den Imperativ, alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein unterdrücktes und geknechtetes Wesen ist – und wir können uns über ein „materialistisches“ Konzept für das Verständnis historischer Prozesse verständigen, das die Kämpfe der Unterklassen gegen die Subsumtion ihres Lebens unter die materiellen und moralischen Verwertungsprozesse in den Mittelpunkt stellt. Wichtig scheint mir: Subsumtion nicht mehr nur des Arbeitsprozesses, nicht mehr nur des gesellschaftlichen Bioprozesses unter den Verwertungsprozess, sondern Subsumtion des Lebens. Wir beziehen uns auf die konkreten sozialen Kämpfe, die in ihrer Summe, aber nicht in jedem einzelnen Fall als Momente eines globalen Antagonismus verstanden werden können.

Richtig, das Problem heißt nicht nur Rassismus, aber auch nicht mehr Politische Ökonomie im klassischen Sinn. Begriffe und Kategorien wandeln sich im Prozess der Klassenkämpfe. Detlef Hartmann hat den „Tod der alten Politischen Ökonomie“ jüngst eindrucksvoll beschrieben (2015, 191). Noch bevor wir uns aber mit der Ökonomie des globalen Kapitalismus beschäftigen, gehört es zu den ureigenen Aufgaben der metropolitanen Linken, die Quellen der klassischen Diskurse und unserer tief verwurzelten „Identität“ zu hinterfragen. In der Tat wurden wichtige Voraussetzungen dafür in den antirassistischen Gruppen und den postkolonialen Theorieansätzen geschaffen. Wir radikalen Linken haben es noch immer nicht geschafft, die Fundamente unseres europäischen Standorts mittels einer historisch-materialistischen Untersuchung wirklich in Frage zu stellen. Zu diesen Fundamenten gehören, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die Grundlegungen im Mittelalter („die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt“), die militärisch-organisatorischen und die „geistigen“ Modernisierungen der Frühen Neuzeit, das Konzept der überlegenen und der unterliegenden Rassen, die Ideologie eines dialektischen historischen Fortschritts und die Erfindung des „transparenten Subjekts“, aber eben auch eine spezifische Anthropologie der Arbeit, die im Marxismus affirmativ aufgenommen wurde. Das sind Fundamente westlicher „Identität“ und Fundamente des Werts, die im historischen Prozess zur materiellen Gewalt, zu Kapital werden.

Mit einem Konzept des historischen Materialismus im Hinterkopf können wir aus einigen Büchern,

die in den letzten Jahren erschienen sind, Vorstellungen von den historischen Wurzeln des „europäischen Sonderwegs“ gewinnen. Robert Bartlett (1996) hat die Gewaltmaßnahmen beschrieben, mit denen die fränkischen Edelmänner Clans und Familienverbände zerstört und die Bevölkerung in die Leibeigenschaft der Hufedörfer gepresst haben. Michael Mitterauer (2003) hat die „Agrarrevolution des Frühmittelalters“ als materielle Grundlage des Feudalismus beschrieben. Beide Autoren betonen die expansive Aggressivität als primären Konstitutionsfaktor des Feudalismus, der sich in den Kriegen gegen benachbarte Völker und später in den Kreuzzügen manifestierte. Vor dem Hintergrund, dass die Kollektivität des Dorfs in Russland nicht aufgelöst wurde oder dass es in Afrika keinen Feudalismus gab (Chabal 2009), gewinnen diese Befunde eine überraschende Aktualität.

Indes wird der Feudalismus seit dem ersten Millennium zu einem Terrain der Kämpfe, wie wir es bei Marc Bloch (1961) oder Rodney Hilton (1973) nachlesen können. Die Dörfer entwickeln ein Eigenleben und die Bauern lernen, ein Subsistenzniveau und ihre familiäre Reproduktion gegen die Feudalherren zu verteidigen. Es entwickeln sich Formen einer „moralischen Ökonomie“ des Dorfs, lokale Repräsentationen, aber auch Mobilität und eine latente Aufstandsdrohung. Die weitere Entwicklung „Europas“ ist durch eine Vielzahl dialektischer Prozesse gekennzeichnet (Christentum und Islam, Kirche und Kaiser, Kaiser und Ritter, Stadt und Land, Bauer und Feudalherr), die sich letztlich als „Motor der Geschichte“ erweisen und in das Take-Off der Frühen Neuzeit mündeten. Das nach meiner Ansicht beste Buch über diesen Wendepunkt stammt von Silvia Federici (2012). Ihr seht, dass es mir darum geht, den dekonstruktivistischen Diskurs zu Europa historisch und materialistisch zu unterfüttern.

Was sind die Ausgangspunkte für ein Verständnis der Aktualität einer Krise im globalen Maßstab? Nicht Ideologie, nicht Dialektik, sondern eine Auseinandersetzung mit den Wirklichkeiten im globalen Kontext. Es gibt in diesem Kontext zweifellos eine „Krise der Arbeit“, welche auch die metropolitanen Arbeiterinnen erheblich unter Druck setzt. Die Arbeitsvolumina steigen, sowohl in der Armutsarbeit in den Metropolen wie auch in den asiatischen Weltmarktfabriken oder den Minen im Kongo. Zugleich ist aber die Entwertung der lebendigen Arbeit im Zeitalter der *Financialization* ins Groteske fortgeschritten und der Zusammenhang von Arbeit und Kontrolle verflüchtigt sich – abgesehen vielleicht von China – zusehends. Gegenüber den mobilisierten trikontinentalen Bevölkerungen gibt es schon seit Jahrzehnten keine Kontrolle und Einschreibung von Gouvernamentalität mehr qua Einbindung in Arbeitsverhältnisse und keine Entwicklung in gesellschaftlich-produktiven Systemen. Statt dessen rekurriert das globale Kapital an vielen Orten auf Cluster, auf Lager und Minenfelder, auf explizit gewaltsame Ausbeutungsverhältnisse, von tödlichen Jobs in extraktiven Industrien bis hin zu komplexen Warlord-Ökonomien, wie wir sie aus dem Europa der Frühen Neuzeit kennen. Jeglicher Begriff eines Proletariats, der sich aus dem marxistischen Repertoire ableitet, ist vor diesem Hintergrund reaktionär, wenn er sich auf eine Ideologie des Fortschritts und eine Dialektik der Befreiung durch Arbeit bezieht, die dem 19. Jahrhundert entstammt, die den kolonialen Kontext und die Dialektik der Reproduktion von vornherein ausgeklammert hat und schon im 19., vor allem aber im 20. Jahrhundert Millionen von Toten gefordert und „gerechtfertigt“ hat.

Ich weiß nicht genau, vor welchem historischen Horizont die Autor*innen dieses Texts verharren. Sie haben ja auch „Multitude“ im Gepäck. Mit diesem Begriff wurde ein produktiver Zusammenhang von Kapital und diffuser oppositioneller Agilität im Zusammenhang des „Empire“ herbeigeredet. Hardt und Negri (2000, 398) sprechen zwar von einer „potential autonomy of the mobile multitude“ und sie plädieren für ein *Global Citizenship*, aber nur, um daraus eine „positive politische Kraft“ zu erschaffen - die Armutsbevölkerung in den drei Kontinenten ist in diesem Positiv schlichtweg nicht vorhanden und somit implizit der Vernichtung anheimgegeben. Der Rekurs auf das Politische und den General Intellect ist doch in Wirklichkeit ein Rekurs auf europäische Werte und tödliche Algorithmen. „Empire“ ist damit zum Handbuch einer geheimen Komplizenschaft geworden.

Es gibt in der Tat zwei Möglichkeiten, sich zum Thema „Arbeit“ im nicht-nationalen Kontext zu positionieren.

Möglichkeit 1: Ich behalte die Kategorie der Arbeitskraft als gesellschaftliches Konstituens bei und definiere einen substanziellen Teil der Menschheit als Überschüssige. Da die Option einer umfassenden Industrialisierung der Welt – aufgrund von Blockierungen, die wir als quasi sozialrevolutionäres Substrat zu verstehen gelernt haben – nicht besteht, können diese Bevölkerungsmassen nur als Verhungernde, Ertrinkende, Verdurstende, als Bedrohung und namentlich auch als Bedrohung der Arbeits- und Arbeiterideologie gedacht und wahrgenommen werden. Von da her wäre es nur ein kleiner Schritt zu einer negativen Bevölkerungspolitik von „links“.

Möglichkeit 2: Ich akzeptiere den Gedanken, dass die Dialektik von Kapital und Arbeit nur einen Teilaspekt der globalen Realität beschreiben kann, dass der Antagonismus, von dem Marx so klug gesprochen hat, auf globalem Niveau heute im Wesentlichen nicht eine Ökonomie der Arbeitsmärkte ist, sondern eine Ökonomie der globalen Subsumtion allen Lebens einschließlich seiner Vernichtung: Vernichtung der Lebenszusammenhänge hier wie dort, der Menschen in der Peripherie, der Migrantinnen, der Naturressourcen. Aber es gibt Widerstände, und daran hat Migration wesentlich Anteil. Migration ist die lebendige Negation der Grenzen, der Hierarchisierung von Lohn und Reproduktionsniveau und der Ausgrenzung von Todeszonen.

Überschuss indes ist all das, was über das Kapitalverhältnis hinausgeht, als positiver Bezugspunkt.

2.

Ein linker Autor bemerkt, dass erst die Turbulenzen des sogenannten Arabischen Frühlings die Risse im Grenzregime Nordafrikas möglich machten, und deutet die darauf folgende Massenmigration als Teil der Revolte: »Beispielhaft haben die Bewegungen der Flucht und Migration der Rebellion eine neue Perspektive eröffnet, von der in Europa niemand zu träumen gewagt hat.« (Helmut Dietrich, »Analyse & Kritik«, 12/15).

Es stimmt, dass dort, wo bis 2011 die örtlichen Despoten in einer unheiligen Allianz mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex für Abschottung gesorgt hatten – auch durch Folter,

faktische Versklavung von »gestrandeten« Migranten und regelmäßige Schusswaffeneinsätze gegen Flüchtlingsboote –, nun Schlepper beinahe unbehelligt die Überfahrt von zehntausenden Ausreisewilligen organisierten. Aber bietet das eine »neue Perspektive«?

Eine „neue Perspektive“ für wen? Welchen Standort wollen wir einnehmen? Ist nicht Migration, wie Hannah Arendt gesagt hat, von allen Rechten das elementarste? Wie wir vor 40 Jahren einem „Arbeiterstandpunkt“ gefolgt sind als archimedischen Punkt der Analyse, wäre es heute vielleicht hilfreich, einen „Flüchtigenstandpunkt“ einzunehmen – hilfsweise und nicht als Essenz. Es geht dabei nicht nur um Humanitäres und auch nicht um Hegemonie, sondern um die materialistische Untersuchung der Konstitutionsbedingungen sozialer Bewegungen gegenüber dem globalen Kapital. Als sich im Sommer 2015 einige Initiativen zu *Moving Europe* zusammenschlossen, ging es uns nicht nur um Bewegung nach Europa, sondern zugleich um Bewegung für Europa. Es scheint, dass dieser Zyklus verloren geht, aber wir müssen das nicht herbei reden. Wenn Teile der metropolitanen Unterschichten den Angeboten einer rassistischen Identitätspolitik folgen, stehen dahinter begründete Ängste, aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Soziale Bewegungen verlaufen nicht geradlinig, sie scheren sich wenig um Dialektik und sie sind für allerlei Überraschungen gut.

Der Arabische Frühling endete, abgesehen von der schwelenden Glut im westlichen Maghreb, in Repression und Krieg. Revolten und Revolutionen enden bekanntlich überwiegend in Niederlagen und wenn nicht in der Emergenz neuer Eliten, die oft von vornherein bestechlich sind. Wir Freund*innen von Helmut Dietrich haben den klassischen Revolutionsbegriff deshalb schon vor 40 Jahren aufgegeben und statt dessen eine Auffassung von sozialer Bewegung vertreten, die eher auf unterschwellige soziale Tendenzen eingestimmt war als auf öffentliche Auftritte – Migration und Reproduktion waren seither unsere wichtigsten Bezugspunkte. Und wir bezogen uns mit dieser Auffassung auf einen „sozialen Überschuss“ als Moment des Aufbruchs: Überschuss der Menschen über die Verwertungsbedingungen hinaus, Überschuss an Phantasie, *Moral Economy*, Überschuss des Sozialen gegenüber dem Kapital (Meyer 1999). Wir begriffen die Zunahme der Bevölkerung im Europa des 18. Jahrhunderts als autochthones Fundament des *Age of Revolutions* und korrelierten die Aufbrüche dieser Epoche mit der modernen *Revolution of Expectations*, die sich weltweit mit dem Erbe aus 1968 überschneidet. So wurde es möglich, einen weltweiten Zyklus des Aufbegehrens jenseits der neuen Staatenbildungen und des Vietnam-Kriegs überhaupt erst wahrzunehmen – deformiert durch den Kalten Krieg, kaum wahrgenommen bei vielen Linken, deren Antimperialismus kein soziales Substrat hatte, deren Reformpolitik in nationalen Kontexten stand oder die marxologischen Studien frönten. Jedenfalls gingen unsere Ansätze zur Neubegründung des Antimperialismus (z.B. AUTONOMIE 1982) im Trubel anderweitiger Politikbestimmungen unter.

Die „Brotrevolten“ im Maghreb haben wir, unserer sozialhistorischen Orientierung entsprechend, als „Bargaining by Riot“ interpretiert und mit der globalen Politik des IWF in Verbindung gesetzt. Jörg Gertel (2014) hat dieses Thema neuerdings wissenschaftlich bearbeitet. Aber erst das Buch von Asef Bayat (2012), der ziemlich genau das, was wir in den 1980er Jahren unter Sozialbewegung verstanden hatten, als *Non-Movements* neu interpretierte, brachte wieder Schwung in die Sache. Bayat führte den Leser*innen noch vor dem Arabischen Frühling die Umzingelung der Regimes vor

Augen: durch die Land-Stadt-Migration, durch ein intransigentes Alltagsverhalten, welches er als Verhalten in „passiven Netzwerken“ charakterisierte und durch Aktualisierung familiär verankerter Überlebensstrukturen in den Städten. All dies nannte er *Quiet Encroachment* - und die Akteur*innen dieser unterschweligen Non-Movements würden, so Bayat, erst und genau dann revoltieren, wenn die Errungenschaften des *Encroachment* von den Regimes angegriffen werden würden. Dieses geschah ein Jahr später. Die Spielräume der Regimes waren unter dem Druck des Washington Consensus einerseits und dem Druck des *Encroachment* andererseits aufgebraucht. Die Demütigung eines Straßenhändlers im tunesischen Hinterland war der Ausgangspunkt. Dahinter aber stand eine sehr kompakte Selbstorganisation der „normalen Leute“, vor allem in den Vorstädten der arabischen Metropolen.

So weit einige Grundlagen, wenn man sich zu den Arbeiten von Helmut Dietrich äußern möchte. Bei dem „Heer von Überflüssigen“ handelt es sich um Unseresgleichen, vielleicht mit weniger reduzierten Synapsen. Um Menschen, die mit Eigenwillen beseelt in ihren sozialen Kontexten leben, angegriffen werden, sich zur Wehr setzen. Wie Bayat sagt: Kollektives Handeln nicht-kollektiver Akteure. Migration ist eine der Optionen. Wer sich mit der „proletarischen Massenmigration“ des 19. Jahrhunderts und der Jahrhundertwende befasst hat, weiß, dass Migrant*innen eigentlich immer eine Subjektivität mit sich transportieren, die am Ankunftsort neue Wirkungen entfaltet (Hoerder 2002, 331; Gutman 1976). Natürlich transportieren auch die Migrant*innen des Jahres 2015 eine Subjektivität des Aufbruchs – und gerade auch des Aufbruchs in Syrien. Kaum war dort ein brüchiger Waffenstillstand in Kraft, waren die Menschen wieder auf der Straße, mit den gleichen Parolen wie 5 Jahre zuvor. Und wenn die sozialen Konflikte in den Kriegszonen inzwischen militärisch-religiös überformt sind und wenn bei den Refugees aus Afghanistan, Irak und Syrien inzwischen die Verzweiflung überwiegt – ein Zustand, der in Deutschland überwiegend erst erzeugt wurde! - so ist doch in anderen Regionen die Glut des Aufbruchs trotz Sissi und Mohammed VI noch nicht zertreten und aus dem Horn von Afrika und dem subsaharischen Afrika werden weitere Migrant*innen sich auf die Reise machen.

3.

Seit einigen Jahren ist unter Linken und kritischen Forschern viel von einer »Autonomie der Migration« die Rede. Gemeint ist damit zunächst, dass Migranten mitunter erfolgreich staatliche Regulationsversuche unterlaufen, was sicher zutrifft: Die massenhafte illegale Grenzüberschreitung stellt den Status quo, der auch durch das Migrationsregime aufrechterhalten wird, in Frage. An die operaistische Perspektive anknüpfend, die Kämpfe als Motor der Geschichte hervorhebt, nehmen die Vertreter dieser These die Migranten als eigenständige Akteure in den Fokus, die durch die Einwanderung in ein anderes Land zum Kollektiv werden und für ein besseres Leben kämpfen. Angesichts der gegenwärtigen Situation erscheint diese Erklärung allerdings zynisch, besonders für die Flüchtenden aus dem syrisch-irakischen Kriegselend. Der »Arabische Frühling« hat für sie keine »neue Perspektive« eröffnet, die Vertriebenen werden nicht zu subversiven Akteuren, indem sie ein Schlauchboot an der türkischen Mittelmeerküste besteigen, und ihre zweifelsohne bemerkenswerten grenzüberschreitenden Märsche auf der Balkan-Route sind kein selbstbestimmter

Sturm auf die Festung Europa, sondern Ausdruck nackter Verzweiflung. Wo nicht Terror und Bürgerkrieg die Migrationsbewegungen lostreten, folgt die Entscheidung zur Auswanderung dem Zwang, seine Ware Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Der Massenexodus ist nicht Resultat eines Sieges des »Arabischen Frühlings«, sondern seiner Niederlage.

Eine nach wie vor lesbare Aufarbeitung des Themas „Autonomie der Migration“ findet sich im Heft 7 der Materialien (2002) und ich will dem hier nichts hinzufügen. Die Leser*innen können sich leicht selbst ein Bild verschaffen (www.materialien.org/texte/migration/index.html). Eine gut lesbare aktuelle Auseinandersetzung mit dem Konzept findet sich bei Scheer (2015). Mit der Migration nach Europa und der Aufrüstung der Grenzen hat sich in den letzten 20 Jahren allen voraus Helmut Dietrich beschäftigt (<http://ffm-online.org/ffm-1995-2005/>). Inzwischen hat sich die bestellte Wissenschaft des Themas angenommen und unser Interview mit Yann Moulier-Boutang (1993) neu ins Spiel gebracht. Ohne diese Ausgangspunkte wäre eine lebendige Diskussion des Themas Grenzregime nicht in Gang gekommen. *Moving Europe* hat im Sommer der Migrationen die Migrant*innen auf der Route unterstützt und die Durchbrüche und Blockierungen aufgezeichnet (<http://moving-europe.org/sommer-der-migrationen/>). Entstanden ist eine Dokumentation des Eigenwillens und der Selbstorganisation – aber ja, natürlich auch der Berichte, wie die Grenz- und Sicherheitspolitik überall auf der Route versucht hat, die Migrant*innen ihrer Konstitution zu entkleiden und sie auf die Rolle als verzweifelte Bittsteller zu reduzieren. Zynisch finden wir es, wenn diese Rolle den Migrant*innen primär zugeschrieben wird und wenn ihre Entmündigung nicht zuletzt durch Reduktion ihrer Präsenz auf die Ware Arbeitskraft reproduziert wird. Das ist faktisch falsch und das ist politisch falsch.

Ich möchte nur wenige Momente des Sommers 2015 wieder aufleben lassen – dies nicht aus Nostalgie, sondern um zu zeigen, wie regressiv und traurig die Auffassung von den verzweifelten Opfern ist. Die hier folgenden Passagen sind dem eben genannten Text von *Moving Europe* entnommen. So beschrieb der Guardian (2015) den Durchbruch in Idomeni / Gevgelija vom 23. August:

Migrants overwhelm security forces at Macedonia border

Riot police remain but fail to slow passage of migrants crossing from Greece on way through Balkans to western Europe

Hundreds of migrants have crossed unhindered from Greece into Macedonia after overwhelmed security forces appeared to abandon a bid to stem their flow through the Balkans to western Europe following days of chaos and confrontation.

Riot police remained, but did little to slow the passage of a steady flow of migrants on Sunday, many of them refugees from the Syrian war and other conflicts in the Middle East, a Reuters reporter at the scene said.

Macedonia declared a state of emergency on Thursday and sealed its southern frontier to migrants arriving at a rate of 2,000 a day en route to Serbia then Hungary and the EU's borderless Schengen zone. This led to desperate scenes at the border, as adults and children slept under open skies with

little access to food or water.

Saying they would ration access, riot police used teargas and stun grenades to drive back crowds, but they were overwhelmed on Saturday by several thousand people who tore through police lines or ran through nearby fields.

The state eventually laid on extra trains, and buses arrived from across the country to take the migrants swiftly north to Serbia on the next step of their journey..

Die große Gruppe der Migrant*innen, die am 23. August den Durchbruch geschafft hatte, erreichte Budapest wenige Tage später. Am Bahnhof Keleti hatte man eine „Transitzone“ eingerichtet, unter freiem Himmel, ohne jegliche Infrastruktur und ohne Aussicht auf Weiterreise. Die Polizei hinderte die Migrant*innen nach wie vor, die Züge nach Österreich und Deutschland zu benutzen. Die Lage spitzte sich zu. Die Migrant*innen bildeten Gruppen auf dem Bahnhofsvorplatz, setzten ihre Kinder auf die Schultern, klatschten rhythmisch in die Hände und forderten auf Schildern und in Sprechchören die Möglichkeit zur Weiterreise ein – Szenen, die manchen Beobachtern aus den Anfangszeiten des Syrischen Aufstands bekannt vorkamen. Für *Moving Europe* beobachtete damals Marc Speer die Szene:

„Nachdem es heute Mittag eine weitere Protestaktion gab, ist die Lage am Bahnhof momentan (14.00 Uhr) angespannt ruhig. Allerdings sind mittlerweile noch mehr Menschen als gestern am Bahnhof. Man kann sicherlich von Tausenden sprechen. Die Polizei hat sämtliche Zugänge zum Bahnhof für Flüchtlinge gesperrt. Bereits heute Abend, spätestens Morgen dürfte die Lage komplett eskalieren: Entweder es gibt einen Aufstand oder eine brutale, groß angelegte polizeiliche Aktion. Oder auch Beides.“



Bildquelle: *Der Spiegel*

Die Ereignisse des Folgetags sind sehr schön bei Kasperek und Speer (2015) zusammengefasst:

Am Freitag, den 4. September, kam es zum bisherigen Höhepunkt dieses Kampfes um Bewegungsfreiheit. Wie schon am Vortag angekündigt brachen mehrere tausend Flüchtlinge am frühen Nachmittag zu Fuss auf, um sich auf den 170 km langen Marsch an die ungarisch-österreichische Grenze. Ihr erklärtes Ziel: Österreich und Deutschland. Auch in Bicske machten sich rund 300 der am Vortag aufgehaltenen Flüchtlinge zu Fuss auf den Weg und liefen auf den Bahngleisen gen Westen. Schon am Morgen hatten weitere 300 in Röszke, nahe der ungarisch-serbischen Grenze, internierte Flüchtlinge den Zaun um das Lager überwunden, wurden aber später wieder von der Polizei festgehalten. Die am Bahnhof Keleti verbliebenen Flüchtlinge wurden am Nachmittag von ungarischen Hooligans angegriffen, konnten den Angriff aber zurückschlagen.

Noch in der Nacht zum Sonnabend waren 4000 Migrant*innen mit ungarischen Bussen an die Grenze transportiert worden und die ersten waren in Wien bereits in die Züge Richtung Deutschland umgestiegen. An diesem einen Wochenende gelangten mindestens zehntausend Flüchtlinge nach Deutschland. Sie wurden in München mit Applaus begrüßt, mit Lunchpaketen und mit Spielzeug für die Kinder.

Es gab noch einen zweiten ähnlich gearteten Durchbruch, nachdem Ungarn versucht hatte, die Grenze zu Serbien am 15. September zu schließen. Die Migrant*innen lieferten sich vor dem Zaun von Röszke ein kurzes, intensives Gefecht, bevor sie den Umweg über Kroatien nahmen. Das folgende Bild aus Opatovac zeigt: ja, Verweilung, aber gepaart mit Protest und mit Mut.



Bildquelle: *Openborders Osnabrück*

Die Ereignisse von Röszke führten zu der unter den Sicherheitskräften über die untereinander verfeindeten Länger hinweg auf der gesamten Strecke sich verallgemeinernden Auffassung, dass man den Strom der Migrantinnen zwar nicht aufhalten konnte, es sei denn um einen sehr hohen und international geächteten Preis, aber dass man mit einem Regime von Disziplinierungen immerhin versuchen konnte, den „Strom“ zu kontrollieren und zu lenken. Militär fuhr auf, Panzerwagen sollten die Migrantinnen einschüchtern, es wurden Unterwerfungsrituale inszeniert.

Was machte die Migrant*innen auf der Balkanroute so stark? Die Bilder, die ich hier einfügt habe, sind meine Ikonen. Das war kein Heldentum, es war Konsens und gemeinsame Not, umgesetzt in Protest. Es war „kollektives Handeln nicht-kollektiver Akteure“. Es war eine Transformation des *Encroachment*. Nicht nur Verzweiflung, sondern Protest und Handeln und die Suche nach einem Ausweg – und genau das ist es, was die Kraft sozialer Bewegungen ausmacht. Diese Erfahrung darf nicht verloren gehen.

Die Beurteilung „der Lage“ Ende Oktober 2015 wird aus der Einschätzung des *GASIM* deutlich, über welche die *Welt* (2015) berichtete:

Bundesregierung bereitet sich auf Balkan-Grenzsturm vor

Die deutschen Sicherheitsbehörden wappnen sich für den Ernstfall. In einem internen Lagebild werden bei Grenzschießungen der Balkanstaaten ein „Stürmen der Grenzen“ und „Panik und

Chaos“ erwartet.

Auch der Frage, was Merkel und EU veranlasst haben mag, die Grenzen an jenem historischen 4. September einen Spalt weit zu öffnen, gehen wir in unserem Text von *Moving Europe* nach, und ich will den 3. Abschnitt des Texts unserer Freund*innen hier nicht weiter kommentieren.

Arbeitsmarktpolitische Dispositionen standen sicherlich im Hintergrund, im Kern ging es aber zu diesem Zeitpunkt darum, das internationale Renommee Europas nicht noch mehr zu beschädigen und ein Massaker in Ungarn, im Innern der EU, zu verhindern. Die „sublime Härte“ war zunächst eine Schwäche der europäischen Sicherheitsorgane und dann ein Zurück, verbunden mit Dirty Deals und der Aufkündigung elementarer Rechte. Ein „doppelbödig(e)r Kurs einer Kombination aus Utilitarismus, verbalem Humanismus und faktischer Härte“, wie die Autor*innen des Papiers zu Recht schreiben.

Diagnose richtig, aber keine Lösung in Sicht. Der Text fällt immer wieder zurück auf Diskurse und Wertzuschreibungen, die mit Verwertbarkeit verschwistert sind. Jahre der westlichen Indoktrination haben vergessen lassen, dass der Wert eines jeden Menschen in ihm selbst liegt – nicht als Arbeitsvermögen, sondern als Präsenz, Anspruch und Zugehörigkeit. Wer da ist, darf essen. Wir werden nicht umhin kommen, auf solche quasi naturrechtlichen Essentials immer wieder zu rekurrieren: auf das bedingungslose Recht auf Lebensmittel, Unversehrtheit und Migration. Diese Essentials sind der letzte archimedische Punkt. Die Migrantinnen präsentieren diesen Anspruch mit allen Risiken, allen Chancen.

4.

Der Erfolg des westlichen Expansionsmodells ist nicht zuletzt in der Tatsache begründet, dass diese elementaren Rechte im Kontext der europäischen Expansion immer wieder neu verletzt wurden. Die Aufklärung hat diese Kontinuität auslöschender Gewalt verwissenschaftlicht und als Territorial- und Bevölkerungspolitik reformuliert – begleitet von der Philosophie des Lichts gegen das Dunkel des Fremden. Das Wesen der Rationalität lag in der Elimination alles Noch-nicht Erfassbaren und in der Organisation von Gewaltträumen. Descartes machte den Anfang. Der Wert des Menschen wurde in der Philosophie des 19. Jahrhunderts, auch bei Marx, nicht gerettet und überwinterte in Spuren im Katholizismus. Ganz anders in Russland, wo erst der Leninismus in die Auflösung der Obschtschina und die Ausrottung der überflüssigen Esser mündete. Dazu demnächst: www.materialien1917.org.

Die Abschnitte 4 und 5, die sich mit den Perspektiven in Kerneuropa beschäftigen, steuern zügig zurück in die Aporie des Umgangs mit „den Überschüssigen“. Damit erschweren es sich die Autor*innen, in diesem Kontext Praxisfelder zu erschließen. Dass sie trotzdem daran arbeiten, beweist, dass sie trotz ihres Texts keine Zyniker*innen sind und genau deshalb bemühe ich mich hier um Verständnis.

Die Geflüchteten forderten zunächst nichts außer dem Recht auf Anwesenheit, das sie temporär bereits durchgesetzt hatten; mit ihrer Raumeinnahme schufen sie kurzerhand Fakten. Obwohl es vor

alles die »Willkommenskultur« war, die das staatliche Versagen durch praktische Hilfe auffing, wurde der Zusammenbruch des Grenzregimes von der radikalen Linken begrüßt und teilweise als »Selbstermächtigung« und »Autonomie der Migration« gefeiert.

Der erste Satz gefällt mir durchaus, im zweiten verstehe ich das „Obwohl“ nicht. Die Willkommenskultur war, trotz fehlenden Klassenbezugs, das Beste, was das Jahr 2015 neben den Durchbrüchen auf der Balkanroute zu bieten hatte. Darauf nicht Bezug zu nehmen und nicht zu versuchen, dieses Feld der Selbstorganisation zum Kontrapunkt des aktuellen Roll-Backs zu nehmen, wäre unverzeihlich. Wird im vorliegenden Text wirklich die Auffassung vertreten, dass das Grenzregime nur so viele Migrantinnen hätte einlassen dürfen, wie der Verwaltungsapparat zu bearbeiten sich in der Lage sah?

Die Migrant*innen fordern hier in Europa zuerst ein Recht auf Anwesenheit, aber sie präsentieren zugleich einen Anspruch auf sozialen Ausgleich – sei es artikuliert, sei es allein durch ihre Präsenz. Es geht nicht um eine Schablone der Migrant*innen als heldenhafte und autonome Subjekte, sondern es geht darum, sich auf ihre konkrete Präsenz zu beziehen und Verbindungen zu suchen. Ein solcher Ansatz führe, so Scheel (2015),

*unweigerlich zu der Einsicht, dass migrantische Kämpfe zumeist an alltäglicheren Orten stattfinden und weniger spektakulär sind, als es reißerische Medienberichte erwarten lassen: in den Büros der lokalen Ausländerbehörde, an den Schaltern von Konsulaten, aber auch in Verhandlungen mit Arbeitgeber*innen sowie in den Schlafzimmern von binationalen Paaren, wo Migrierende bei einem heftigen Streit mit ihrem ‚Schatz‘ nicht nur ihre Beziehung, sondern auch ihre Aufenthaltserlaubnis riskieren.*

In der Tat scheint es mir nicht falsch zu sein, auch diese Alltagskämpfe, in all ihrer Gebrochenheit, als *Encroachment* zu verstehen und auch sie mit den Perspektiven des Arabischen Aufbruchs in Beziehung zu setzen. Materielle Grundlage des *Encroachment* ist die Reproduktion und Reproduziertheit in familiären Verbänden und in Nachbarschaften. Fast alle Migrant*innen stehen über Facebook und WhatsApp in ständigem Kontakt mit ihren Familien, und nicht wenige Angehörige wollen folgen. *Encroachment* wird zur Kettenmigration. Eine Millionen Migrant*innen dürften ausreichen, um einen stabilen Brückenkopf zu bilden. Den Familiennachzug aus der Türkei in den 70er Jahren noch vor Augen versucht die Politik gegenzusteuern. Es wird kein volles Asyl gewährt, der Familiennachzug wird ausgesetzt. „Integration“ wird als Zwang zu Einsamkeit und Kleinfamilie inszeniert. Noch mehr Migrant*innen werden auf die kommerziellen Fluchtwege abgedrängt.

Das hat Folgen für Konzepte des Supports. Es geht aus dieser Sicht nicht um „Integration“, sondern um die Öffnung von Räumen für die Selbstorganisation der Migrant*innen und um konkrete Projekte, in denen die metropolitanen Unterschichten sich in das *Encroachment* einbringen können. Wenn derzeit von Solidarity Cities zunehmend häufig die Rede ist, wäre das die wichtigste materielle Basis solcher Solidarity Cities von unten .

Vor diesem Hintergrund stehen die Ansprüche der metropolitanen Unterschichten auf Teilhabe und die Organisation in nationalen Parteibildungen nicht im Zentrum. Auch die Kritik am Versagen des

Sozialstaats im Sommer der Migrationen wiegt minder schwer. In der Literatur wird ein „progressive’s dilemma“ des Reformismus beschrieben (Kymlicka 2016), zwischen Verteidigung der Sozialstandards und Willkommenskultur. Das mahnt uns, dass die Forderung nach Öffnung der „Gesellschaft“ ein Bündnis mit den liberalen Mittelschichten impliziert, das sich gegen die Unterschichten wenden könnte. So ein Bündnis bewegt sich am Rande dessen, was Nancy Frazer (2017) als „progressiven Neoliberalismus“ bezeichnet hat. Der neue Populismus ist aber in erster Linie ein Thema der politischen Regulation und nicht der sozialen Bewegungen. Es geht zuerst um die Durchsetzung eines faktischen Aufenthaltsrechts und der Bewegungsfreiheit. Das Sozialgeld für alle Migrant*innen wäre auf europäischer Ebene, das Aufenthaltsrecht auf kommunaler Ebene sicherlich besser zu realisieren. Aber mehr als ein faktisches Aufenthaltsrecht und Bewegungsfreiheit fordern die Migrant*innen zunächst gar nicht und es werden sich Communities bilden, in denen die Reproduktion gesichert wird. Wohnraum gibt es genug, „nehmen wir uns die Stadt“. Essen und Kleidung ist für alle da. Die Befürchtungen, dass viele Migrant*innen legal oder illegal die miesesten Jobs machen und die Arbeitsmärkte unterschichten werden, sind gerechtfertigt. Syndikalistische Formen der Selbstorganisation werden notwendig sein, vielleicht beteiligen sich auch einige Gewerkschaften. Anders als vor 20 Jahren, als wir das auch schon gefordert haben, gibt es dazu erste gute Ansätze.

Die Bestimmung eines Orts der metropolitanen Unterschichten im globalen Kontext ist gewiss nicht einfach – dieser Ort wird in den kommenden Kämpfen neu definiert und bis dahin bleibt vieles im Vagen. Die Sozialstandards der metropolitanen Unterschichten sind durch den kapitalistischen Angriff im Weltmaßstab viel stärker gefährdet als durch die Zuwanderung. Politiken der Zugehörigkeit und des Anspruchs auf Teilhabe, die auf die Ausschließung der Migrant*innen zielen, dürfen wir nicht tolerieren. Der Verwageneckung linker Argumente sollten wir entschieden entgegen treten. Wir müssen vielmehr Orte schaffen, an denen die ansässigen Unterschichten und die Migrant*innen sich gleichermaßen sicher fühlen und artikulationsfähig werden. Wenn Arbeit zum Privileg geworden ist, dürfte dies ein starkes Indiz dafür sein, in welchem Ausmaß sie obsolet ist. Wir müssen die Willkommenskultur zum Fundament einer neuen „Politik von unten“ machen, in der Solidarität jenseits nationaler Zusammenhänge neu definiert wird. „We will be rich together or we will all drown together“ (Fatou Diome).

5.

Ohne Anbindung an den Arbeitsmarkt und eine dauerhafte öffentliche Solidarisierung fehlte den protestierenden Flüchtlingen letzten Endes ein Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Auch darin zeigt sich die Surplus- Problematik. Entsprechend griffen sie zu extremen Mitteln wie Hungerstreiks, die Schwäche bezeugen. Als Adressat von Forderungen blieb nur der Staat, der die Proteste letztlich spalten und befrieden konnte; sinnbildlich dafür steht der Abriss des Camps auf dem Oranienplatz im April 2014, an dem sich einige ehemalige Besetzer tatkräftig beteiligten, weil die Bezirksregierung ihnen vage Versprechungen gemacht hatte.

Die Ausgangssituation für Kämpfe hat sich mit der massenhaften Migration von 2015 nicht

verbessert, sondern eher verschlechtert. Unterbringung in Lagern, Sachleistungen statt Geld und auch die Wiedereinführung der Residenzpflicht, die durch die Kämpfe der vergangenen Jahre in vielen Bundesländern faktisch abgeschafft worden war, sind für Hunderttausende wieder Alltag. Dagegen gibt es punktuell Proteste, aber bislang keine größere Bewegung.

Die Hilfeleistung von Teilen der hiesigen Bevölkerung im vergangenen Jahr war für die, die noch die Schrecken der neunziger Jahre in den Gliedern hatten, überraschend. Die

Beweggründe für diese Hilfe reichen von christlicher Nächstenliebe bis zur Staatsfeindlichkeit. Als Lohnabhängige zu stupiden Tätigkeiten verdammt, genießen es einige vermutlich auch, ausnahmsweise einmal etwas Sinnvolles zu tun; vielleicht liegt darin der schwache Vorschein von etwas Besserem.

Die Frage nach den Handlungsperspektiven für die kommenden Monate möchten wir mit den Autoren dieses Textes gern gemeinsam führen, trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte. Es geht dabei, wie gesagt, nicht nur um Einkommen, Arbeitsbedingungen und Wohnungsfrage, sondern zugleich um die konkrete Neuerfindung von Solidarität. Die Schlusssätze des Texts stimmen ja versöhnlich:

Denen, die sich an ihren deutschen Pass klammern und anderen das Leben schwermachen, wird man ein solches Interesse kaum aufschwätzen können. Man kann ihnen nur mitteilen, dass ihr Wunsch, der Grenzschutz möge ihnen – wenn nötig mit Schusswaffeneinsatz – das Elend einer völlig aus den Fugen geratenen Welt vom Leib halten, sich auf Dauer nicht erfüllen wird. Abstrakt bleibt bis auf weiteres auch der materialistische Gedanke, dass als Kehrseite der Angst vor der Überflüssigkeit das Versprechen einer Welt ohne Plackerei lockt wie nie zuvor, dass also die zunehmende Knappheit an Jobs auf früher utopische Möglichkeiten deutet. Nicht auszuschließen, dass der gewiss anhaltende Zuzug aus den verwüsteten Zonen des Weltmarkts dazu beiträgt, die Notwendigkeit einer praktischen Umwälzung, die dieses Versprechen einlöst, doch noch ins allgemeine Bewusstsein zu heben.

Die eine Million Immigrant*innen von 2015 waren nur ein bescheidener Anfang. „Undoing Border Imperialism“ (Harsha Walia 2013) würde bedeuten, die Grenzen für jene 30 Millionen Migrant*innen zu öffnen, die sich ein Leben in Germany antun wollen. Viele fliehen vor Gewalt und Perspektivlosigkeit, viele wollen eine Zeit lang Geld verdienen. Nicht allen wird das gelingen, und die Mehrzahl der Armen wird an den Transportkosten scheitern. Trotzdem ist Open Borders ein Anfang. Solidarität jenseits der Arbeitsmärkte. Neues Denken, das Europa gut tut. Neue Vielfalt, neue Optionen, natürlich Risiken, aber keine Alternative außer Mauern, Zäunen und Lagern. „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“

Also noch einmal: Die Willkommenskultur war ein guter Anfang, Vielleicht wird es im nächsten Schritt gelingen, Sanctuary oder Solidarity Cities an einigen Orten in Gang zu bringen, nach dem Modell Toronto (<http://toronto.nooneisillegal.org/>): City-ID-Karten und „Don't Ask Don't Tell“ in Kreuzberg, Freiburg, Göttingen oder Osnabrück. Bündnisse für die und mit den Refugees, gegen die westliche Logik, die uns allen und so vielen mehr zum Hals raus hängt. Gegen den Zwang zur Arbeit, für die gerechte Verteilung des Reichtums. Damit wäre das Kapital nicht wirklich in die

Enge getrieben und einige Arbeitsmarktpolitiker*innen würden sich die Hände reiben, aber es wäre ein Anfang.

Die Präsenz der globalen Widersprüche ist materielle Voraussetzung für eine korrekte Selbstverortung der Linken. Die Klassenfrage? Klasse des Existenzrechts gegen das Kapital? Aber wie bestimmen wir das „Existenzrecht“?

W.B. Januar 2017

Literatur:

Autonomie N.F (1982) Heft 10, Hamburg

Robert Bartlett (1996), Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt, München

Asef Bayat (2012), Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern, Berlin (Assoziation A)

Marc Bloch (1961), Feudal Society, London

Patrick Chabal (2009), Africa. The Politics of Suffering and Smiling, London (Zed Books)

Silvia Federici (2012), Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien (Mandelbaum)

Nancy Frazer (2017), Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter 2/2017

Jörg Gertel (2014), Krise und Widerstand, in: Jörg Gertel, Rachid Ouaiassa (Hsg), Jugendbewegungen. Städtischer Widerstand und Umbrüche in der Arabischen Welt, Bielefeld (Transcript)

The Guardian (2015), <http://www.theguardian.com/world/2015/aug/23/migrants-macedonia-border-greece>

Herbert G. Gutman (1976), Work, Culture, and Society in Industrializing Amerika, New York

Michael Hardt, Antonio Negri (2000), Empire, Cambridge Mass.

Detlef Hartmann (2015), Krisen Kämpfe Kriege, Band 1, Berlin (Assoziation A)

Rodney Hilton (1973), Bond Men Made Free, Medieval Peasant Movements and the English Rising of 1381, London

Dirk Hoeder (2002) Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium, Durham

Bernd Kasperek, Marc Speer(2015), March of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration, <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>

Will Kymlicka (2016), in: Bauböck and Scholten, Comparative Migration Studies (2016), <http://comparativemigrationstudies.springeropen.com/articles/10.1186/s40878-016-0025-z>

- Materialien für einen neuen Antiimperialismus Heft 7 (2002), Die Globalisierung des Migrationsregimes, Berlin (Assoziation A)
- Moving Europe (2015, 2016), Der lange Sommer der Migrationen, <http://moving-europe.org/sommer-der-migrationen/>
- Ahlich Meyer (1999), Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789-1848, Berlin (Assoziation A)
- Ahlich Meyer (2009) in: Marcel van der Linden, Karl Heinz Roth, Über Marx hinaus, Berlin (Assoziation A) 311-334
- Michael Mitterauer (2003), Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, München
- Yann Moulier Boutang, Yann (1993): Interview. In: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5. Berlin/Göttingen.
- Maximilian Rubel (Hsg:)(1972), Karl Marx und Friedrich Engels zur russischen Revolution, München
- Stephan Scheer (2015), Das Konzept der Autonomie der Migrationen überdenken? Yes please!, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/14.scheel--autonomie-der-migration.html>
- Harsha Walia (2013), Undoing Border Imperialism, Toronto (AK Press)
- Die Welt (2015), <https://www.welt.de/politik/deutschland/article148562417/Sicherheitsbehoerden-eroertern-Grenzschliessungen.html>